



## Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 21.12.2011

### Niederschrift

über die **20. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 15.11.2011, 16:06 Uhr bis 19:14 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	(bis 18.30 Uhr)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Jörg van Geffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	(bis 18.45 Uhr)
Herr Werner Marx	CDU	(für RM Manderla; bis 19.00 Uhr)
Herr Lars Möller	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	(bis 19.05 Uhr)
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP	
Herr Karel Schiele	pro Köln	

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	(ab 16.24 Uhr)
---------------------------	---------------	----------------

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Joisten	SPD	(16.50 Uhr - 19.05 Uhr)
Herr Jochen Ott	SPD	(ab 16.30 Uhr - 18.10 Uhr)
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU	

Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Werner	CDU
Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln
Herr Franz-Albert Krämer	auf Vorschlag die Linke.Köln (bis 18.30 Uhr)

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Bernd Fahlenbock  
Herr Dieter Pannecke

### **Verwaltung**

Herr Ludwig Arentz	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Birgit Karbig	Dezernat Planen und Bauen
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Frau Angela Thiemann	Bauverwaltungsamt

### **Gäste**

Herr Gunther Höhn	KVB AG
Herr Helmut Simon	Polizei Köln, Direktion Verkehr

### **Schriftführerin**

Frau Angela Krause	Dezernat Planen und Bauen
--------------------	---------------------------

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Horst Ladenberger

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 20. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

## **I. Öffentlicher Teil**

- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2011 betreffend  
Umgestaltung von Geldernstraße/Parkgürtel  
AN/1931/2011
- 2.3 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 10.11.2011 betreffend  
Optimierung der Verkehrsinfrastruktur zur Weihnachtszeit  
AN/2016/2011
- 5.11 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln  
4348/2011
- 6.6 Aufhebung der Radwege-Nutzungspflicht  
hier: Anfrage (AN/1710/2011) der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.3  
4280/2011
- 6.7 Konsequenzen aus tagelanger Sperrung des Rudolfplatzes nach einem Ampelausfall  
hier: Anfrage (AN/1715/2011) der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.2  
4120/2011  
**Tischvorlage**
- 7.5 Bekundung zur verkehrspolitischen Zusammenarbeit im Rheinland  
anlässlich des 1. Regiogipfels und zur Verkehrsministerkonferenz in Köln  
4380/2011
- 7.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Fortschreibung der Betrauungsregelung  
4381/2011
- 7.7 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2011  
4479/2011

**Änderungsanträge** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen liegen als Tischvorlagen zu den TOP

- 3.1. Beschluss der Bezirksvertretung Porz am 08.12.2009  
hier: Regionale 2010 - ÖPNV-Anbindung von Gut Leidenhausen  
3849/2011 und

- 5.4 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007  
3055/2011

vor.

Zu TOP

- 2.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2011 betreffend  
Fähranleger in Langel: Aufstellung von Warnschildern reicht nicht aus!  
AN/1879/2011

sei **Herr Simon von der Polizei Köln, Verkehrsdezernat**, anwesend.

RM Möring möchte für die CDU-Fraktion die Vorlage unter TOP

- 5.11 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln  
4348/2011

in die kommende Sitzung **vertagen**; hier bestehe – sicherlich auch bei den anderen Fraktionen – noch Beratungsbedarf.

Seitens der SPD-Fraktion beantragt RM dos Santos Herrmann die **Vertagung** des TOP

- 5.6 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012  
3272/2011.

RM Möring bittet, die Vorlage zunächst heute aufzurufen, da er Fragen an die Verwaltung habe. Einer anschließenden Vertagung könne er dann zustimmen.

RM Tull möchte zudem die Vorlage unter TOP

- 4.1 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt  
4845/2010

**vertagen**. Vorsitzender Waddey merkt ergänzend an, dass hier ein Zusammenhang mit der geplanten Neugestaltung des Offenbachplatzes gesehen werde und dies noch diskutiert werden müsse.

BG Streitberger bestätigt den Zusammenhang, der seitens der Verwaltung hinreichend berücksichtigt wurde. Er bitte im Hinblick auf den geplanten Bau des L.-Fritz-Gruber-Platzes allerdings um eine Beschlussfassung in der kommenden Sitzung.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und dem Verfahren einverstanden und beschließt demnach folgende

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

#### **1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

- 1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.09.2011 betreffend Teilnahme der Stadt Köln an der Woche der Mobilität AN/1758/2011

Stellungnahme der Verwaltung  
4254/2011

- 1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2011 betreffend Eintrag von Brücken/Eisenbahnüberführungen in die Denkmalliste AN/1862/2011

- 1.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2011 betreffend Umgestaltung von Geldernstraße/Parkgürtel AN/1931/2011

#### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

- 2.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2011 betreffend Fähranleger in Langel: Aufstellung von Warnschildern reicht nicht aus! AN/1879/2011
- 2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 31.10.2011 betreffend Optimierung der Verkehrsführung an der Kreuzung Militärring/Luxemburger Straße aus Richtung Südosten AN/1883/2011
- 2.3 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend Optimierung der Verkehrsinfrastruktur zur Weihnachtszeit AN/2016/2011

#### **3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

- 3.1. Beschluss der Bezirksvertretung Porz am 08.12.2009 hier: Regionale 2010 - ÖPNV-Anbindung von Gut Leidenhausen 3849/2011

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 14.11.2011  
AN/2036/2011

#### **4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

- 4.1 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt  
4845/2010  
**- zurückgestellt -**
- 4.2 Verkehrsversuch zur Änderung der Lkw-Führung im Bereich Hartwichstraße/Escher Straße  
1961/2011
- 4.3 Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Erneuerungsprogramm ab 2012  
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.11.2007,  
TOP 4.9  
3265/2011
- 4.4 Bedarfsfeststellung für Ingenieurleistungen des Programms "Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen"  
1130/2011
- 4.5 Neuordnung des öffentlichen Parkraums im Bereich der Siegburger Straße von der Raiffeisenstraße bis zur Salmstraße in Köln-Poll  
1750/2011
- 4.6 Durchführung einer Verkehrsuntersuchung für den Bereich der Magnusstraße-Burgmauer/Zeughausstraße-Komödienstraße  
3857/2011
- 4.7 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring  
3799/2010
- 4.8 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel  
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Leistungen der Bauüberwachung während der Bauausführung  
4406/2011

## **5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 5.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz  
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011  
1350/2011
- 5.2 Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße  
2979/2011
- 5.3 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf  
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen und Verpflichtungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007  
3020/2011
- 5.4. Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007  
3055/2011
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
AN/2047/2011
- 5.5 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus;  
Verlegung des Aufzuges in das "Rote Haus", Übernahme der nichtzuwendungs-fähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages  
3239/2010
- 5.6 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012  
3272/2011
- 5.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln  
3968/2011
- 5.8 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen  
4233/2011

- 5.9 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn - Bedarfsfeststellungsbeschluss für die externe Vergabe der Generalplanung  
4271/2011
- 5.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptistarium; Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
4156/2011
- 5.11 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln  
4348/2011

## **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 6.1 TOP 8. 4 Beeinträchtigung der U - Bahn - Haltestellen durch Graffiti  
Anfrage des RM Tull aus der 18. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.06.2011,  
3999/2011
- 6.2 Zubringer zum BAB-Kreuz Merheim  
hier: Anfrage des RM Noack aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.06.2011, TOP 8.6  
4050/2011
- 6.3 Leonhard-Tietz-Straße  
hier: mündliche Anfrage des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 8.4  
4094/2011
- 6.4 Verkehrliche Erschließung des Neubaugebietes Waldbadviertel Langendahlweg  
hier: Anfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.4  
4079/2011
- 6.5 Mobilfunkmasten  
4391/2011
- 6.6 Aufhebung der Radwege-Nutzungspflicht  
hier: Anfrage (AN/1710/2011) der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.3  
4280/2011
- 6.7 Konsequenzen aus tagelanger Sperrung des Rudolfplatzes nach einem Ampelausfall  
hier: Anfrage (AN/1715/2011) der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.2  
4120/2011



## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

- 7.1 Initiativkreis "Senioren-Offensive"  
3037/2011
- 7.2 Abstufung der Landesstraße L 43 im Bereich zwischen Köln Chorweiler und  
Leverkusen Hitdorf  
3833/2011
- 7.3 Kreuzung Luxemburger Straße/Militärring  
hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal vom  
17.10.2011, TOP 7.2.1  
4192/2011
- 7.4 Sachstand Sanierung Platzfläche im Bereich des Doms  
(Undichtigkeiten der Decke über Dombauhütte und RGM)  
4331/2011
- 7.5 Bekundung zur verkehrspolitischen Zusammenarbeit im Rheinland  
anlässlich des 1. Regiogipfels und zur Verkehrsministerkonferenz in Köln  
4380/2011
- 7.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Fortschreibung der Betrauungsregelung  
4381/2011
- 7.7 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2011  
4479/2011

- 7.8 Fußgängerbrücke Tollerstraße  
Mündliche Mitteilung des BG Streitberger

## **8 Mündliche Anfragen**

- 8.1 Flüsterasphalt in der Vorgebirgsstraße  
Mündliche Anfrage des RM Kirchmeyer
- 8.2 Planfeststellungsverfahren der Linie 3  
Mündliche Anfrage des SE Vietzke
- 8.3 Sperrung des Geh- und Radweges an der Rheinuferstraße  
Mündliche Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
- 8.4 Baumfällungen in der Margaretastraße  
Mündliche Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey
- 8.5 Sachstand zum Chlodwigplatz - Vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd  
Stadtbahn  
Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.6 Linie 157 in Köln-Neubrück  
Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann
- 8.7 Umleitungsbeschilderungen im Rahmen der Baumaßnahme BAB 1  
Anfrage des SE Joisten
- 8.8 Verkehrssperrungen in der Innenstadt am 11.11.  
Anfrage des RM Schiele
- 8.9 Herbstlaub auf Radwegen  
Hinweis des RM Zimmermann
- 8.10 Brücke am Aachener Weiher  
Anfrage des RM Zimmermann
- 8.11 Beklebte Verkehrsschilder  
Hinweis des Seniorenvertreters Pannecke
- 8.12 Ausfall der Bahnen am 11.11.  
Anfrage des RM Möring

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.09.2011 betreffend Teilnahme der Stadt Köln an der Woche der Mobilität AN/1758/2011**

#### **Stellungnahme der Verwaltung 4254/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

##### **1.2 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2011 betreffend Eintrag von Brücken/Eisenbahnüberführungen in die Denkmalliste AN/1862/2011**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich in der kommenden Sitzung.

##### **1.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2011 betreffend Umgestaltung von Geldernstraße/Parkgürtel AN/1931/2011**

Die Beantwortung erfolgt voraussichtlich in der kommenden Sitzung.

#### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **2.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2011 betreffend Fähranleger in Langel: Aufstellung von Warnschildern reicht nicht aus! AN/1879/2011**

RM Möring begründet für die Antragsteller den vorliegenden Antrag.

Herr Simon, Verkehrsdezernat der Polizei Köln, nimmt Stellung und berichtet detailliert über die Unfälle der vergangenen Jahre (*vgl. hierzu Anlage 1*).

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert ergänzend die bisher vorgenommenen Maßnahmen. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass diese nun ausreichend genug seien, um weitere Unfälle zu verhindern; gleichwohl wurde ein Gutachter eingeschaltet, der die Situation aus seiner Sicht

nochmals beurteilen und ggf. die Verwaltung beraten werde. Zusätzlich werden die vorhandenen Straßenlampen in den nächsten Wochen mit anderen, helleren Leuchtmitteln, die über den üblichen Normen liegen, ausgestattet.

Für die SPD-Fraktion erklärt RM van Geffen, dass diese den Antrag als erledigt betrachte. Die Verwaltung habe ausreichende Maßnahmen eingeleitet; eine 100%ige Sicherheit gebe es nicht.

RM Tull schließt sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihrem Vorredner an. Von Interesse sei jedoch noch, ob es weitere, ähnliche Örtlichkeiten im Kölner Stadtgebiet gebe und dort auch noch Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Auch RM Kirchmeyer betrachtet den Antrag als erledigt. An die Ausführungen von RM Tull anknüpfend weist sie darauf hin, dass es sowohl in Rodenkirchen als auch in Porz ähnliche Örtlichkeiten gebe und sie die Verwaltung daher bitte, diese zu prüfen.

RM Möring bedankt sich bei Herrn Simon für die Genese und führt aus, dass sicherlich weite Teile des Antrages durch das Verwaltungshandeln erledigt seien. Gleichwohl halte er den Antrag aufrecht; die meisten Fähranleger seien im Gegensatz zu dem in Rede stehenden quer zum Strom angelegt und zudem mit Schranken, Blinklichtern oder Verschwenkungen auf der Straße gesichert. Er sei durchaus die Auffassung, dass diese zusätzlichen Maßnahmen ernsthaft geprüft und ggf. umgesetzt werden sollten, um ein Höchstmaß an Sicherheit zu erreichen. Die Vergangenheit habe leider gezeigt, dass an dieser Stelle schon Fehleinschätzungen der Situation erfolgt seien.

RM Schiele macht deutlich, dass Gefahrenstellen angeleuchtet werden müssen. Das Gebot „Sehen und gesehen werden“ sei im Straßenverkehr enorm wichtig.

Ausschussvorsitzender Waddey fasst zusammen, dass es auf Kölner Stadtgebiet zwar nur diesen einen Autofähranleger in Langel gebe; auch er bitte die Verwaltung jedoch eindringlich, die anderen vorhandenen Panzerrampen auf ihre Sicherheit hin zu überprüfen. Unabhängig hiervon sei mit den von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen die Sicherheit am Autofähranleger in Langel deutlich erhöht worden. Eine Schrankenanlage – wie von der CDU-Fraktion gefordert – hätte den letzten Unfall nicht verhindern können; zum Zeitpunkt des Unfallgeschehens wäre diese aufgrund des laufenden Fährbetriebs offen gewesen. Er macht daher den Vorschlag, den Antrag aufgrund der Ausführungen der Verwaltung als erledigt zu betrachten und lässt dementsprechend abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Antrag wird aufgrund der Ausführungen der Verwaltung als erledigt betrachtet.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt

## **2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 31.10.2011 betreffend Optimierung der Verkehrsführung an der Kreuzung Militär- ring/Luxemburger Straße aus Richtung Südosten AN/1883/2011**

RM Kirchmeyer nimmt kurz Stellung zum vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion.

BG Streitberger weist darauf hin, dass die in Rede stehende Straße in der Straßenbaulast des Landesbetriebes Straßen NRW liege und die Verwaltung einen etwaigen Beschluss an diesen weiterreichen würde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass es sich hier im Grunde genommen um reine Markierungsarbeiten handele und die Verwaltung auch keine Bedenken gegen den Antrag habe.

Für die SPD-Fraktion signalisiert RM dos Santos Herrmann Zustimmung.

SB Möller wirft die Frage auf, ob in diesem Zusammenhang nicht auch geprüft werden könne, ob die Grünzeit für die Linksabbieger verkürzt werden könne.

Herr Harzendorf entgegnet, dass hier zwei Linksabbieger gleichzeitig fahren: sowohl die von Norden als auch von Süden Kommenden. Die Schaltung sei zudem verkehrsabhängig gesteuert, mittlerweile 20 Jahre alt und somit sei jegliche Veränderung in der Technik – im Gegensatz zur Markierung - sehr aufwändig.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Fahrspur für den Linksabiegeverkehr an der Kreuzung Militärring/Luxemburger Straße aus der Fahrrichtung Südosten zu verkürzen und gleichzeitig die Fahrspur für den Rechtsabiegeverkehr zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**2.3 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend  
Optimierung der Verkehrsinfrastruktur zur Weihnachtszeit  
AN/2016/2011**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass seit vielen Jahren bereits ab Mitte November kleinere Baumaßnahmen in der Innenstadt nicht mehr durchgeführt werden bzw. keine Genehmigung mehr erhalten. Die Zweispurigkeit an der Großbaustelle am Heumarkt werde in der Weihnachtszeit voraussichtlich wieder hergestellt.

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass die SPD-Fraktion den Antrag aufgrund dieser Ausführungen als erledigt betrachte.

Ausschussvorsitzender Waddey lässt dementsprechend abstimmen.

**Beschluss:**

Der Antrag wird aufgrund der Ausführungen der Verwaltung als erledigt betrachtet.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion zugestimmt

**3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

**3.1 Beschluss der Bezirksvertretung Porz am 08.12.2009  
hier: Regionale 2010 - ÖPNV-Anbindung von Gut Leidenhausen**

**3849/2011**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.11.2011  
AN/2036/2011**

RM dos Santos Herrmann möchte für die SPD-Fraktion die Alternative in einer ergänzten Fassung beschließen. Sie hoffe, dass damit die Erschließung zum April 2013 sichergestellt werden könne. In diesem Zusammenhang sollte nicht nur die Anbindung aus Porz geprüft werden sondern durchaus auch eine Anbindung aus Brück und Rath, ggf. über den Mauspfad.

RM van Benthem moniert seitens der CDU-Fraktion, dass die Anregung der BV Porz bereits im Dezember 2009 beschlossen wurde und erst heute im hiesigen Ausschuss vorgelegt werde. Zudem äußert er Zweifel an den vorgelegten Zahlen und bittet die KVB um erneute Zählung an einem repräsentativen Sommertag. Dem Änderungsantrag könne er durchaus zustimmen, er schlage dennoch vor, die Beschlussfassung heute zurückzustellen und die erneute Zählung abzuwarten.

Auch RM Tull spricht sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nachdrücklich für eine ÖPNV-Anbindung dieses Naherholungsgebietes aus und erläutert kurz den vorliegenden Änderungsantrag. Sinnvoll sei auf jeden Fall eine Anbindung von einer Stadtbahnhaltestelle oder dem Flughafen aus und nicht von der Bushaltestelle in Eil.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, sagt zu, die hiesige Diskussion und die Anregungen aufzunehmen und in einer der nächsten Sitzungen einen entsprechend überarbeiteten Vorschlag zu machen. Verzichten möchte er jedoch auf eine erneute Zählung; diese gestalte sich in einem Waldstück bzw. einer Grünanlage doch sehr schwierig.

SE Ott weist ergänzend darauf hin, dass nicht nur die Erschließung für Touristen wichtig sei sondern durchaus auch an die Schüler der dort gelegenen Waldschule gedacht werden sollte.

RM Möring erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag von Herrn Höhn zwar einverstanden, betont jedoch nochmals, dass belastbare Zahlen und Daten für eine Entscheidung im hiesigen Ausschuss von wesentlicher Bedeutung seien. Er könne sich beispielsweise auch eine Befragung der Besucher vorstellen.

Ausschussvorsitzender Waddey appelliert abschließend an die Verwaltung, Anregungen aus den Bezirksvertretungen den Fachausschüssen künftig zeitnah zur Entscheidung vorzulegen. Sollte dies in Einzelfällen nicht möglich sein, sollte die Verwaltung hierüber im Wege einer Mitteilung – ggf. mit Angabe eines zeitlichen Rahmens – informieren.

**Geänderter Beschluss:**

Unter Berücksichtigung der heutigen Diskussionsbeiträge beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung in Abstimmung mit der KVB, die ÖPNV-Erschließung von Gut Leidenhausen erneut zu prüfen und dem Verkehrsausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Insbesondere ist im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans Köln zu prüfen, ob alternative Bedienungsformen (Angebote auf Abruf: z.B. Rufbusse, Anruftaxi) zunächst zu bestimmten Jahreszeiten (z.B. von Anfang der Osterferien bis Ende der Herbstferien) eingerichtet werden können. Hierbei ist auch eine Anbindung an den Flughafen zu prüfen; des Weiteren Regelangebote wie z. B. stündliche Fahrten in den

Sommermonaten. Bei positivem Prüfergebnis ist möglichst eine Ausweitung des bestehenden ÖPNV-Angebotes zum April 2013 vorzusehen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

##### **4.1 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt 4845/2010**

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

##### **4.2 Verkehrsversuch zur Änderung der Lkw-Führung im Bereich Hartwichstraße/Escher Straße 1961/2011**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert kurz die ergänzende Stellungnahme der Verwaltung und bestätigt die Vermutung des RM Möring, dass diese der Bezirksvertretung Nippes noch nicht bekannt sei. Dieser schlägt darauf hin vor, vor einer endgültigen Entscheidung die Vorlage mit der neuen Stellungnahme in die Bezirksvertretung Nippes zurück zu verweisen, damit diese ggf. ihren abweichenden Beschluss überdenken könne.

Der Ausschuss ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

#### **Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt; die Vorlage wird unter Berücksichtigung der Anlage 5 (ergänzende Stellungnahme der Verwaltung) erneut zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

##### **4.3 Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Erneuerungsprogramm ab 2012 hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.11.2007, TOP 4.9 3265/2011**

RM Tull begrüßt die vorliegende Verwaltungsvorlage. Wünschenswert wäre jedoch zudem – analog der seinerzeitigen Planung zur Christophstraße – eine Umprofilierung der Fahrbahn Magnusstraße und somit eine durchgehende Radwegeverbindung in beide Richtungen, da die vorhandenen Radverkehrsanlagen in einem nicht akzeptablen Zustand seien. Weiterhin bitte sie die Verwaltung, vor einer Realisierung der in Rede stehenden Maßnahme zunächst die unter TOP 4.6 noch zu beschließende Verkehrsuntersuchungen abzuwarten.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, weist auf den geänderten Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt hin; die Verwaltung habe hiergegen keine Bedenken.



Ausschussvorsitzender Waddey stellt den abweichenden Beschluss zur Abstimmung.

**Geänderter Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Signalplanung und Einleitung der weiteren Schritte zur Realisierung des Erneuerungsprogramms im Zuge der folgenden Streckenzüge:

- Magnusstraße zwischen Hohenzollernring und Tunisstraße
- Viktoriastraße und Turiner Straße zwischen Hansaring und Ebertplatz

*und beauftragt die Verwaltung, im Vorfeld zu prüfen, ob zu erneuernde Signalanlagen durch Kreisverkehre ersetzt werden können.*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.4 Bedarfsfeststellung für Ingenieurleistungen des Programms "Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen"  
1130/2011**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die externe Vergabe von Ingenieurleistungen für die Planung des Programms "Ersatz von Lichtsignalanlagen durch den Einsatz alternativer Knotenpunktbetriebsformen" fest und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.5 Neuordnung des öffentlichen Parkraums im Bereich der Siegburger Straße von der Raiffeisenstraße bis zur Salmstraße in Köln-Poll  
1750/2011**

RM Tull merkt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass die Vorlage auf einem Beschluss der Bezirksvertretung Porz beruhe und sie nun etwas erstaunt über die sehr weit reichenden Planungen der Verwaltung sei. Aus ihrer Sicht entsprechen diese nicht der Intention der BV und gingen an der Sache vorbei. Sie schlägt vor, die Vorlage zu verweisen und die Beratung in der Bezirksvertretung abzuwarten.

SE Joisten bestätigt diese Ausführungen zwar, weist jedoch darauf hin, dass die SPD in der Bezirksvertretung den vorgelegten Planungen grundsätzlich positiv gegenüber stehe. Die örtlichen Gegebenheiten seien sicherlich sehr beengt, aber man könne sich durchaus vorstellen, die Planungen zu testen, zumal hierdurch eine natürliche Geschwindigkeitsreduzierung erfolgen werde. Auch der Zugewinn an Parkplätzen stelle einen angenehmen Nebeneffekt dar.

Für die CDU-Fraktion teilt RM Möring mit, dass die Siegburger Straße aus seiner Sicht eine schwer lösbare Situation darstelle und es sicherlich keine Patentlösung gebe. Bereits heute könne man lediglich 30 km/h fahren. Er schließt sich seinen Vorrednern an und möchte das Votum der Bezirksvertretung abwarten.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Wortbeiträgen zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt**

**4.6 Durchführung einer Verkehrsuntersuchung für den Bereich der Magnusstraße-Burgmauer/Zeughausstraße-Komödienstraße  
3857/2011**

RM dos Santos Herrmann möchte sich zwar nicht gegen die Verkehrsuntersuchung aussprechen, bittet jedoch noch um Mitteilung, welche Kosten die Verkehrsuntersuchung verursachen werde. Zudem äußert sie ihre Befürchtung, dass der hier zugrunde liegende Beschluss der Bezirksvertretung bei der Neuordnung des Bereichs eher zu Schwierigkeiten im Verkehrsfluss führen würde.

BG Streitberger weist darauf hin, dass die Verwaltung dem Ergebnis der Untersuchung nicht vorgreifen möchte und sagt zu, dass alle Vor- und Nachteile zu gegebener Zeit fair dargestellt werden. Die Untersuchung werde aus dem vorhandenen Etat für Machbarkeitsstudien bezahlt.

Für die CDU-Fraktion signalisiert auch RM Möring Zustimmung. Er gibt allerdings zu Bedenken, dass durch einen etwaigen Zweirichtungsverkehr insbesondere im Bereich Burgmauer Parkmöglichkeiten entfallen würden; dies sei aus seiner Sicht nicht akzeptabel.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung einer Verkehrsuntersuchung zur Umgestaltung des Straßenzuges Magnusstraße-Burgmauer/Zeughausstraße-Komödienstraße. Dabei soll eine Bündelung des Kfz-Verkehrs auf der Straße "Burgmauer" und eine Sperrung der Zeughausstraße-Komödienstraße im Sinne des Beschlusses der Bezirksvertretung Innenstadt vom 07.07.2011 mit untersucht werden.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt**

**4.7 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring  
3799/2010**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich RM Tull verärgert, dass die Verwaltung diese Vorlage – als Baubeschluss - nun erneut in die Beratung einbringe. Ihre Fraktion lehne eine umweltsensitive Lichtsignalanlage nach wie vor vehement ab; weder an der Sachlage noch an der Argumentation habe sich etwas geändert.

RM Möring widerspricht diesen Ausführungen dahingehend, dass es von der Sachlage durchaus sinnvoll sei und es sich zudem um eine Anordnung der Bezirksregierung im Rahmen des Luftreinhalteplans handele. Dass die Maßnahme effektiv sei, stehe außer Zweifel; wie effektiv sie sei, müsse hingegen abgewartet werden und von daher sei es zunächst nur eine Pilotanwendung. Er könne die Haltung der Fraktion Bündnis

90/Die Grünen nicht nachvollziehen, zumal deren Verzögerungstaktik nun zu einem Problem in der Finanzierung geführt habe.

BG Streitberger weist nachdrücklich auf den beigefügten Brief der Bezirksregierung hin; diese fordere die Stadt im Grunde genommen nun abschließend auf, die Maßnahme umzusetzen. Es sei daher die Pflicht der Verwaltung gewesen, diese Vorlage erneut einzubringen. In der Entscheidung sei der Ausschuss zwar frei; eine Ablehnung habe aber sicherlich Konsequenzen.

Für die SPD-Fraktion möchte RM dos Santos Herrmann die Vorlage im Zusammenhang mit der Vorlage unter TOP 5.1 „Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln“, Session-Nr. 4348/2011, sehen; eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung – der Luftreinhalteplan wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt – halte sie daher für nicht Ziel führend und verfrüht. In der Sache selber hege ihre Fraktion ähnliche Zweifel wie die von RM Tull geäußerten. Dass durch eine punktuelle Maßnahme die Feinstaubbelastung reduziert werden könne, glaube sie eher nicht und es löse das Problem somit nicht. Letztendlich dürfe eine etwaige Ablehnung der Anlage jedoch keines Falls dazu führen, dass Lkw-Verkehre in die Stadtteile und Seitenstraßen gedrängt werden. Ihre Fraktion möchte zunächst die Beratung zum Luftreinhalteplan abwarten.

RM Kirchmeyer begrüßt im Namen der FDP-Fraktion die Verwaltungsvorlage ausdrücklich. Die Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei ihr völlig unverständlich; den Ausführungen von RM Möring könne sie im vollen Umfang zustimmen. Sie sei sich auch sicher, dass die Bezirksvertretung Mülheim der Maßnahme zustimmen werde.

RM Möring betont, dass die von den Grünen favorisierten Fahrverbote für Lkw oder auch Pkw – gleich ob regional oder punktuell – auf jeden Fall unerwünschte Verdrängungseffekte nach sich ziehen werden. Hier gehe es nun darum, an einem Hotspot eine Entlastung zur Einhaltung der Grenzwerte zu schaffen, auf die Bürger einen Anspruch haben; dies werde seit Jahren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unverständlicher Weise verhindert.

RM Tull stellt klar, dass selbstverständlich niemand die Verdrängung von Lkw-Verkehren in die Viertel wolle. Der hiesige Ausschuss warte jedoch bereits seit Monaten bzw. schon Jahre auf das gewünschte Lkw-Führungskonzept und das Gesamtverkehrskonzept sowie auf eine Bewertung des angeregten Lkw-Durchfahrtsverbots, wie es München beispielsweise angeordnet habe. Es gehe in erster Linie darum, Lkw-Verkehre, die zur Vermeidung der Autobahn über Mülheim abkürzen, hieran zu hindern. Dies wäre aus ihrer Sicht bereits eine große Entlastung. Zudem berichtet sie, dass in Hannover und in Hamm beispielsweise eine derartige Lichtsignalanlagenregelung installiert wurde und die Gerichte dort die Aussage getroffen haben, dass diese Anlage zum Zwecke der Luftreinhaltung und zum Schutz der Bevölkerung nicht ausreichend sei. Sie sehe nicht ein, hier in Köln für sehr viel Geld denselben Fehler zu machen. Mit den im neuen Luftreinhalteplan vorgesehenen Maßnahmen liegen nun durchaus einige vor, die zur Verbesserung der Luftqualität nachhaltig beitragen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Ausschussvorsitzender Waddey der Diskussion entsprechend vor, die Beschlussfassung heute zurückzustellen und die Vorlage zusammen mit dem Luftreinhalteplan in der kommenden Sitzung zu beraten.

**Geänderter Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt. Die Vorlage soll im Sachzusammenhang mit der Vorlage „Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln“, 4348/2011, behandelt werden.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt

**4.8 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Amsterdamer Straße/Gürtel  
hier: Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Durchführung von Leistungen der Bauüberwachung während der Bauausführung  
4406/2011**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf zur externen Vergabe der Bauüberwachung, der Bauoberleitung und der SiGeKo-Leistung fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Vergaben.

Die voraussichtlichen Gesamtkosten der baubegleitenden Leistungen betragen ca. 77.000 € brutto.

Die Mittel sind bei der Finanzstelle 6903-1202-5-6004 berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

**5.1 Stadtbahnhaltestelle Barbarossaplatz  
hier: Teilplan 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Planungsbeschluss zur Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-1-6304, Barbarossapl.-Umsetz. Niederflurkonzept, Hj. 2011  
1350/2011**

Für die SPD-Fraktion weist RM dos Santos Herrmann darauf hin, dass der Verwaltungsvorschlag auf Seitenbahnsteige abziele, es jedoch auch die Option gebe, Mittelbahnsteige zu errichten. Sie bittet um eine kurze Stellungnahme.

RM Kirchmeyer erinnert seitens der FDP-Fraktion an das gemeinsame Gespräch zu dieser Baumaßnahme und regt an, die entsprechenden Ergebnisse und Diskussionsbeiträge in die Planungen und die Vorlage einfließen zu lassen.

BG Streitberger sagt zu, diese im weiteren Verfahren zu berücksichtigen; dies gelte im Übrigen auch für den vorsorglichen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 20.10.2011. Die Verwaltung habe ein großes Interesse daran, hier eine sehr verträgliche Lösung zu schaffen. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage möchte die Verwaltung zunächst nur einen Planungsauftrag bekommen.

SE Vietzke bittet um Mitteilung, ob im Rahmen der weiteren Planung die Konfliktsituationen bei der Querung von Fußgängern und Radfahrern überprüft und wenn möglich entschärft werden können.

BG Streitberger bestätigt dies.

Vorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage heute offiziell in die Bezirksvertretung Innenstadt sowie den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt und in den Stadtentwicklungsausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.2 Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße  
2979/2011**

Vorsitzender Waddey verweist auf den abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Nippes und die bestätigende Stellungnahme der Verwaltung. Er schlägt vor, sich dem anzuschließen.

**Geänderter Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat stimmt den vorgelegten Ausbauplänen zum Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße zu und beauftragt die Verwaltung die weiteren Schritte zur Realisierung der Maßnahme einzuleiten und die Finanzierung sicherzustellen.

Die Bezirksvertretung Nippes ergänzt den Beschlussvorschlag der Verwaltung und empfiehlt den Rat wie folgt zu beschließen:

„Der Rat stimmt den vorgelegten Ausbauplänen zum Ausbau der Geestemünder Straße von Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße zu und beauftragt die Verwaltung die weiteren Schritte zur Realisierung der Maßnahme einzuleiten und die Finanzierung sicherzustellen.

*Darüber hinaus bittet der Rat, die vorgesehene Fahrradverkehrsführung im geplanten Kreisverkehr Geestemünder Straße/Neusser Landstraße zu optimieren.“*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.3 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf  
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen und Verpflichtungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007  
3020/2011**

Ausschussvorsitzender Waddey macht auf die abweichende Beschlussfassung der Bezirksvertretung Ehrenfeld und die Stellungnahme der Verwaltung aufmerksam.

Für die SPD-Fraktion merkt RM dos Santos Herrmann an, dass der Verwaltungsvorschlag in Anlage 8 und 8.1 - Öffnung des Gehweges für den Radverkehr in Gegenrichtung - zu einer Gefahrensituation führen könnte und ihre Fraktion daher noch Be-

ratungsbedarf habe. Sie bittet daher nochmals um eine Einschätzung der Verwaltung und schlägt aber bereits jetzt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, erläutert anhand der Planunterlagen die Beschlusslage der Bezirksvertretung sowie die als Tischvorlage verteilte ergänzende Stellungnahme der Verwaltung. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung sei möglich, jedoch könne er nicht gänzlich ausschließen, dass es durch allzu forsche Radfahrer in Einzelfällen zu Gefahrensituationen an der einmündenden Straße kommen könnte.

Vorsitzender Waddey äußert sein Unverständnis über das Verfahren. Das hier zur Diskussion stehende Detail der Nebenanlagen habe aus seiner Sicht mit dem reinen Haltestellenbau nichts zu tun und insofern könne er in keiner Weise nachvollziehen, warum bei dem Wegfall von drei Parkplätzen eine erneute Offenlage der Planfeststellungsunterlagen gefordert werde.

BG Streitberger führt aus, dass das Bauvorhaben komplett in den Straßenraum hineingreife und im Grunde genommen eine Veränderung von Hauswand zu Hauswand erfolge; damit sei dies alles Bestandteil der Planfeststellung. Ob nun eine „Petitesse“ ein neues Planfeststellungsverfahren erfordere, entscheide allein die Planfeststellungsbehörde. Hierauf habe die Verwaltung keinen Einfluss.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, fügt ergänzend hinzu, dass auch eine getrennte Radverkehrsanlage die Gefahrensituation nicht ändern würde. Die sichere Lösung wäre es, den Radfahrer zunächst stadteinwärts zu führen, über die Straße und in die andere Richtung zurück.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert RM Tull ihren Ärger über das gesamte Verfahren in dieser Angelegenheit. Bereits beim Baubeschluss zur Stadtbahnhaltestelle Rektor-Klein-Straße sei hier einvernehmlich verabredet worden, dass die Pläne im hiesigen Ausschuss vorgestellt und diskutiert werden bevor sie bei der Bezirksregierung für das Planfeststellungsverfahren eingereicht werden. Die Verwaltung lege hier nun zum wiederholten Male einen Plan vor, an dem faktisch nichts mehr geändert werden könne. Diese Prozedere möchte sie nicht mehr länger hinnehmen und sie fordere die Verwaltung erneut auf, Planunterlagen rechtzeitig vorzustellen.

RM Kirchmeyer ist für die FDP-Fraktion mit dem Vorschlag, den Gehweg für Radfahrer in Gegenrichtung zu öffnen, nicht einverstanden. Auch einem Radfahrer könne zugemutet werden, einen geringen Umweg bis zur nächsten Querungsmöglichkeit zu fahren. Den Wegfall der drei Parkplätze könne sie angesichts des dortigen Parkdrucks ebenfalls nicht befürworten.

Ausschussvorsitzender Waddey unterstreicht die Kritik von RM Tull nachdrücklich. Die Entscheidungsfreiheit der Stadt, hier eine geringe Anzahl an Parkplätzen wegzunehmen oder Radverkehrsführungen zu ändern, dürfe durch die Planfeststellungsbehörde nicht auf Dauer beschnitten werden. Die Anregung der Bezirksvertretung sei im Übrigen bei dem gemeinsamen Ortstermin vor geraumer Zeit entstanden, an dem auch Verwaltungsvertreter zugegen waren.

BG Streitberger stellt klar, dass der Planungsbeschluss bereits 2009 gefasst wurde und dementsprechend im hiesigen Ausschuss auch vorgestellt und diskutiert worden sei. Er sagt zu, die Kritik aufzugreifen und zu eruieren, ob es Veränderungen zu den heute vorgelegten Baubeschlussunterlagen gebe. Hiervon unabhängig müsse jedoch eine Entscheidung in der Sache getroffen werden und er hoffe, dass man zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werde.

Abschließend stellt Vorsitzender Waddey den eingangs gemachten Vorschlag von Frau dos Santos Herrmann zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.4 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007**

**3055/2011**

**TOP 5.4 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf: hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße AN/2047/2011**

Ausschussvorsitzender Waddey stellt klar, dass es sich hier nicht um ein förmliches Planfeststellungsverfahren sondern vielmehr um ein bereits abgeschlossenes Genehmigungsverfahren handele. Er äußert erneut seinen Unmut über den geplanten Z-Überweg, insbesondere da hier seit vielen Jahren ein gerade geführter, Signal gesicherter Überweg bestehe, an dem ihm keinerlei Unfälle bekannt seien. Auch macht er darauf aufmerksam, dass die in 2007 vorgelegte Mitteilung – vgl. hierzu Anlage 7. 2 dieser Vorlage – zwar seiner Zeit zur Kenntnis genommen wurde, jedoch vereinbart wurde, dies Einzelfall bezogen zu prüfen und zu entscheiden. Diese Möglichkeit wurde dem hiesigen Ausschuss im vorliegenden Fall genommen; die Planunterlagen wurden ohne Beteiligung des Ausschusses eingereicht und von der Genehmigungsbehörde bewilligt. In der Sache teilt Herr Waddey zudem mit, dass die Örtlichkeit in einem sehr überschaubaren Bereich ohne Sichthindernisse liege und er nach wie vor die Notwendigkeit eines Z-Überweges nicht erkennen könne.

RM Tull führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass die Haltestelle lediglich aus Richtung Westen zugänglich sei. Da im östlichen Bereich jedoch große Wohnquartiere wie das Herkuleshochhaus und der Bereich um die Subbelrather Straße vorhanden seien, sollte auch von dieser Seite aus die Zugänglichkeit – ohne großen Aufwand - ermöglicht werden. Sie könne sich hier beispielsweise einen Treppenzugang vorstellen; eine Ampelanlage oder ein Zebrastreifen seien nicht zwingend erforderlich.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, stellt Vorsitzender Waddey den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

**1. Beschluss (Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)**

Die Ostseiten der Bahnsteige sollen eine Zugangsmöglichkeit für die aus den östlich gelegenen Wohnquartieren kommenden Fußgängerinnen und Fußgänger erhalten.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **2. Beschluss (Verwaltungsvorlage in der so geänderten Fassung):**

### ***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Guttenbergstraße in Form von Seitenbahnsteigen mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten von 1.093.908,66 EUR. Zur Wahrung von Fristen darf das Ausschreibungsverfahren bereits ohne die genannten Vorbehalte eingeleitet und bis zur tatsächlichen Vergabe fortgeführt werden. Zuwendungsunschädliche Bauleistungen wie z.B. vorlaufende Leitungsverlegungen und Baufeldfreiräumung dürfen beauftragt werden.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 1.093.908,66 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

*Die Ostseiten der Bahnsteige sollen eine Zugangsmöglichkeit für die aus den östlich gelegenen Wohnquartieren kommenden Fußgängerinnen und Fußgänger erhalten.*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **5.5 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Haltestelle Rathaus; Verlegung des Aufzuges in das "Rote Haus", Übernahme der nichtzuwendungs-fähigen Mehrkosten durch die Stadt Köln im Rahmen des Nord-Süd Stadtbahnvertrages 3239/2010**

RM dos Santos Herrmann teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese der Maßnahme seiner Zeit nicht zugestimmt habe und nun konsequenter Weise auch die Kostenerhöhung strikt ablehne. Sie erinnere zudem daran, dass in den mitgeteilten Kosten die eigentlichen Errichtungskosten noch nicht enthalten seien.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt RM Tull aus, dass sie die Maßnahme von Anfang an befürwortet habe und der Verwaltungsvorlage von daher zustimmen werde. Sie gebe ihrer Vorrednerin insofern recht, als dass es sich hier in der Tat um einen etwas unglücklichen Maßnahmenverlauf handele; die Kostensteigerung halte sie jedoch angesichts der gesamten Baumaßnahme „Nord-Süd Stadtbahn“ für vertretbar.

Für die CDU-Fraktion unterstreicht RM Möring diese Ausführungen und nimmt Bezug auf die schwierige Historie dieser Maßnahme. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass hiermit sowohl die Erschließung des Rathausvorplatzes als auch eine stadtgestalterisch verträgliche Situation erreicht werden konnte; gleichwohl sei auch seine Fraktion nicht glücklich über die Kostensteigerung.

### **Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***



Der Rat nimmt die Erhöhung der Kosten von 3.840.000 € um rund 2.215.000 € auf 6.055.000 € für die Verlegung des Aufzuges der Haltestelle Rathaus in das neu zu bauende Rote Haus zur Kenntnis.

Die Mehrkosten in Höhe von rund 2.215.000 € sind nach Abstimmung mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland und dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund der Deckelung der Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) nicht zuwendungsfähig.

Der Rat beschließt die Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Mehrkosten in Höhe von 2.215.000 € im Rahmen des Schuldendienstes gemäß § 7 des Nord-Süd Stadtbahnvertrages.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die SPD-Fraktion zugestimmt**

#### **5.6 Klimaschutzkonzept Köln - vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012 3272/2011**

RM Möring spricht die Maßnahme V2, Mobilitätspaket für Neubürger, mit Gesamtkosten von 800.000 € an und äußert Zweifel, ob das Ergebnis in einem ausreichenden Verhältnis zum Aufwand stehe. Er bitte um eine Einschätzung durch die KVB.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, berichtet, dass die KVB seit einiger Zeit ein sogenanntes Neubürgerticket, jedoch in Form eines Wochentickets und lediglich auf Nachfrage, anbiete. Im vergangenen Jahr habe dies Kosten i.H.v. 70.000 – 80.000 € verursacht. Die KVB habe die Erfahrung gemacht, dass die Neubürger, die ein solches Ticket anfordern, auch später i.d.R. den ÖPNV nutzen. In wie weit eine Verteilung von Monats-tickets an alle Neubürger erfolgreich sei, könne nur schwer festgestellt werden. Andere Städte hätten die grundsätzliche Erfahrung gemacht, dass zwar im 1. Monat Leute erreicht werden; die Personen, die jedoch nicht ÖPNV-affin seien, würden auch anschließend nicht den ÖPNV nutzen.

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung bereits angesprochen, stellt Ausschussvorsitzender Waddey den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Die Beschlussvorlage wird bis zum 06.12.2011 vertagt.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt**

#### **5.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln 3968/2011**

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt**

**5.8 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen  
4233/2011**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat beschließt den Erlass der 220. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.9 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn - Bedarfsfeststellungsbeschluss für die externe Vergabe der Generalplanung  
4271/2011**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat stellt den Bedarf für die externe Vergabe der Leistungen der Generalplanung für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**5.10 Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium; Stellenbedarf beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau  
4156/2011**

RM Tull möchte wissen, wann für den Verkehrsbereich mit ersten Vorschlägen gerechnet werden könne.

BG Streitberger berichtet, dass bereits erste Ergebnisse des Gutachtens vorliegen. Die Verwaltung müsse jedoch noch nachjustieren und habe das ganze Jahr 2012 als Planungsjahr einkalkuliert. Es sei beabsichtigt, die Planungsergebnisse bis Mitte nächsten Jahres vorzulegen und mit dem Bau in 2013 zu beginnen.

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat erkennt den Bedarf für eine zusätzliche Stelle Technischer Angestellter (Ingenieur/Ingenieurin) VGr. IV a/III BAT (EG 11 TVöD) für das Projekt „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof / Baptisterium“ in der Abteilung Neubau des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau an. Er beschließt die befristete

te Stellenzusetzung zum Stellenplan 2012 und stimmt der Stellenbesetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2012 zu. Verwaltungsmäßig wird eine entsprechende Verrechnungstelle zur Verfügung gestellt.

Die Finanzierung der mit der Einrichtung dieser Stelle verbundenen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 65.100,00 € und Sachkosten in Höhe von jährlich 19.640,00 € erfolgt durch eine Einsparung in gleicher Höhe im gleichen Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV -, TPZ 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **5.11 Fortschreibung Luftreinhalteplan Köln 4348/2011**

Die Beschlussvorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

### **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **6.1 TOP 8. 4 Beeinträchtigung der U - Bahn - Haltestellen durch Graffiti Anfrage des RM Tull aus der 18. Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.06.2011, 3999/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Tull zeigt sich mit der Stellungnahme unzufrieden. Sie könne nicht nachvollziehen, warum die Stadt und die KVB, die für den Zustand der Haltestellen verantwortlich seien, hier nicht mehr Einsatzbereitschaft zeigen. Mittlerweile sei nicht nur die Beseitigung von Einzelschäden sondern vielmehr auch Generalsanierungen notwendig.

BG Streitberger weist darauf hin, dass es sich im vorliegenden Fall nicht um praktische und pflegeleichte sondern im Wesentlichen um aufwändige und sehr ambitioniert gestaltete Oberflächen handele, die nicht ohne weiteres mit einem Hochdruckreiniger behandelt werden können. Dies sei – wenn man sich andere Haltestellen vor Augen halte – deutlich sichtbar und ein großes Problem. Er sagt zu, das Problem noch mal aufzugreifen und zu erörtern.

Auf Nachfrage des RM Kirchmeyer weist Herr Höhn, Vertreter der KVB, darauf hin, dass derzeit mit dem Datenschutzbeauftragten erörtert werde, in wie weit eine Kameraüberwachung in Haltestellen flächendeckend zulässig sei. Dies sei ein sehr heikles Thema. Zudem seien Graffiti-Sprayer oftmals verumumt, so dass eine etwaige Überwachung eine nur sehr begrenzte Möglichkeit sei, dem Problem entgegen zu wirken. Gleichwohl habe auch die KVB ein großes Interesse daran, dass das Gestaltungsbild der Haltestellen ansprechend wirke.

Abschließend regt RM Kirchmeyer an, die entsprechenden Haltestellen pflegeleichter und heller zu gestalten.

**6.2 Zubringer zum BAB-Kreuz Merheim**  
**hier: Anfrage des RM Noack aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 28.06.2011, TOP 8.6**  
**4050/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Leonhard-Tietz-Straße**  
**hier: mündliche Anfrage des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 8.4**  
**4094/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Verkehrliche Erschließung des Neubaugebietes Waldbadviertel Langendahlweg**  
**hier: Anfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.4**  
**4079/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.5 Mobilfunkmasten**  
**4391/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.6 Aufhebung der Radwege-Nutzungspflicht**  
**hier: Anfrage (AN/1710/2011) der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.3**  
**4280/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.7 Konsequenzen aus tagelanger Sperrung des Rudolfplatzes nach einem Ampelausfall**  
**hier: Anfrage (AN/1715/2011) der FDP-Fraktion aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 27.09.2011, TOP 1.2**  
**4120/2011**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Kirchmeyer regt an, die Stellungnahme auch der Bezirksvertretung Innenstadt zur Kenntnis zu geben.

## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

### **7.1 Initiativkreis "Senioren-Offensive" 3037/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **7.2 Abstufung der Landesstraße L 43 im Bereich zwischen Köln Chorweiler und Leverkusen Hitdorf 3833/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **7.3 Kreuzung Luxemburger Straße/Militärring hier: Anfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal vom 17.10.2011, TOP 7.2.1 4192/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **7.4 Sachstand Sanierung Platzfläche im Bereich des Doms (Undichtigkeiten der Decke über Dombauhütte und RGM) 4331/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **7.5 Bekundung zur verkehrspolitischen Zusammenarbeit im Rheinland anlässlich des 1. Regiogipfels und zur Verkehrsministerkonferenz in Köln 4380/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

### **7.6 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Fortschreibung der Betrauungsregelung 4381/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Vorsitzender Waddey bittet um Mitteilung, ob die formelle Fortschreibung bzw. Ergänzung der Betrauung ein laufendes Geschäft der Verwaltung sei.

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, bestätigt dies, da die Parameter nur angepasst und nicht geändert werden müssen.

RM Kirchmeyer begrüßt die Stellungnahme nachdrücklich und äußert ihre Hoffnung auf einen positiven Erfahrungsbericht.

### **7.7 Änderungen zum Fahrplanwechsel 2011 4479/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

SE Vietzke spricht die Überlastung der Buslinie 142 an, über die heute auch in der Presse berichtet wurde und bittet um einen kurzen Sachstandsbericht.

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, teilt mit, dass die KVB inzwischen zur Entschärfung der Situation ganztägig einen weiteren Gelenkbus und zu besonders starken Nachfragezeiten einen Zusatzbus ab Bahnhof Ehrenfeld einsetze.

### **7.8 Fußgängerbrücke Tollerstraße Mündliche Mitteilung des BG Streitberger**

BG Streitberger spricht die Fußgängerbrücke Tollerstraße an. Die Verwaltung habe die Örtlichkeiten nochmals geprüft und werde dem hiesigen Ausschuss in der kommenden Sitzung eine Entscheidungsvorlage präsentieren können. Diese sehe vor, beide Brücken ersatzlos abzureißen. Bei einer routinemäßigen Untersuchung der Brücke über die Militärringstraße wurde inzwischen festgestellt, dass die Verkehrssicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne, so dass die Verwaltung diese nun kurzfristig sperren müsse.

*Anmerkung: vgl. hierzu auch Anlage 2 zur Niederschrift*

## **8 Mündliche Anfragen**

### **8.1 Flüsterasphalt in der Vorgebirgsstraße Mündliche Anfrage des RM Kirchmeyer**

RM Kirchmeyer bittet um Mitteilung, warum bei der Sanierung der Vorgebirgsstraße kein Flüsterasphalt verwendet wurde, zumal die Bezirksvertretung dies vorher beschlossen hatte und auch Einvernehmen bestand, diesen Asphalt künftig zu verwenden.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass sich das Ausschreibungsverfahren bedauerlicher Weise mit dem Beschluss überschritten habe.

### **8.2 Planfeststellungsverfahren der Linie 3 Mündliche Anfrage des SE Vietzke**

SE Vietzke bittet um Mitteilung, wann die Genehmigungspläne im hiesigen Ausschuss vorgestellt und ob der Ausschuss für Umwelt und Grün auch in die Beratungsfolge aufgenommen wurde; es seien sehr große Waldflächen von der Maßnahme betroffen.

Weiterhin möchte er wissen, ob der Abriss der dortigen Fußgängerbrücke zeitliche Konsequenzen für das Planfeststellungsverfahren habe.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, sagt zu, eine schriftliche Beantwortung nachzureichen. Der Abriss der Brücken müsse selbstverständlich berücksichtigt werden, führe jedoch nach seiner Einschätzung zu keiner Verzögerung.

### **8.3 Sperrung des Geh- und Radweges an der Rheinuferstraße Mündliche Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey**

Vorsitzender Waddey berichtet, dass die RheinEnergie während des Sommers mehrere Monate am Geh- und Radweg an der Rheinuferstraße, südlich der Südbrücke, Aufgrabungen durchgeführt habe. Die Maßnahme sei nun abgeschlossen, der Geh- und Radweg jedoch in einem sehr schlechten Zustand wiederhergestellt worden. Dies sei nicht akzeptabel.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, vermutet, dass die Maßnahme im Zusammenhang mit den Vorsorgemaßnahmen zur Nord-Süd Stadtbahn stehe. Er sagt zu, dies zu klären und eine Stellungnahme nachzureichen.

### **8.4 Baumfällungen in der Margaretastraße Mündliche Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey**

Vorsitzender Waddey moniert, dass an der Haltestelle Margaretastraße – im Bereich Rochusstraße 291 und 293 – ein Baum gefällt wurde. Dies sei in den Planungen nicht vorgesehen gewesen und zudem wurden die Fraktionsvorsitzenden der Bezirksvertretung hierüber auch nicht informiert.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, sagt eine Klärung und schriftliche Stellungnahme zu.

### **8.5 Sachstand zum Chlodwigplatz - Vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, berichtet, dass vor einer endgültigen Herstellung der Innenausbau der Haltestelle abgeschlossen sein müsse. Auf der Ostseite fahre derzeit noch der Autoverkehr aus der Severinstraße heraus zum Chlodwigplatz. Hier gebe es die Beschlusslage, den Verkehr künftig über die Brunostraße herauszuführen. Für diese Maßnahme, die im Sommer/Herbst 2012 begonnen werde, sei ein Umbau des Knotenpunktes des Ringes erforderlich; ein entsprechender Zuschussantrag wurde bereits gestellt. Der Bus auf der Ostseite könne jedoch erst entfallen, wenn die komplette Nord-Süd Stadtbahn in Betrieb genommen werde. Dieser Zustand dauere daher noch länger an. Die Bürger und Betroffenen werden wie seiner Zeit in der Severinstraße regelmäßig über die Planungen und den Baufortschritt informiert.

### **8.6 Linie 157 in Köln-Neubrück Mündliche Anfrage des RM dos Santos Herrmann**

RM dos Santos Herrmann berichtet, dass auf einer Stadtteilkonferenz vor einigen Wochen über einen Verstärkerbus, zumindest in den Hauptverkehrszeiten am Vormittag,

zwischen Ostheim und Brück diskutiert wurde. Sie bitte hierzu um eine Aussage der KVB.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, räumt ein, dass die Kapazitätsgrenze in Neubrück in der Tat erreicht wurde. Derzeit warte die KVB jedoch auf die Auslieferung von neuen Bussen. In den Verkehrsspitzen seien momentan keine weiteren Fahrzeuge verfügbar. Er könne jedoch zusagen, das Thema zu gegebener Zeit bei der KVB zu erörtern.

### **8.7 Umleitungsbeschilderungen im Rahmen der Baumaßnahme BAB 1 Anfrage des SE Joisten**

SE Joisten weist darauf hin, dass die Umleitungen im Bereich der Anschlussstelle Weiden/Aachener Straße Richtung Dortmund sehr unbefriedigend und nicht klar erkennbar seien und bittet um Mitteilung, ob hier die Verwaltung Abhilfe schaffen könne.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die Umleitungsstrecken von der Bezirksregierung angeordnet und vom Landesbetrieb Straßen umgesetzt werden. Die Stadt bekomme dies lediglich zur Kenntnis. Er sagt jedoch zu, um Überprüfung zu bitten.

### **8.8 Verkehrssperrungen in der Innenstadt am 11.11. Anfrage des RM Schiele**

RM Schiele berichtet, dass es sich am 11.11. sehr schwierig gestaltet habe, mit dem Auto aus der Innenstadt heraus zu kommen und bittet um Mitteilung, wie die Verwaltung derartige Veranstaltungen vorbereite.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass das Amt für öffentliche Ordnung hier zuständig sei und selbstverständlich entsprechende Planungen vornehme. Derartige Veranstaltungen können jedoch nicht zeitgenau geplant werden, da hier viele Aspekte wie Wetter, Wochentag, das besondere Datum und Besucherzahlen, eine Rolle spielen und situationsabhängig Maßnahmen ergriffen werden müssen. Die Verwaltung sei jedoch bemüht, die Straßen in der Innenstadt so lange wie möglich offen zu halten.

### **8.9 Herbstlaub auf Radwegen Hinweis des RM Zimmermann**

RM Zimmermann berichtet, dass nach seinen Beobachtungen das Herbstlaub zwar mit Laubblasgeräten ordnungsgemäß zusammengetragen werde, jedoch nicht zeitnah abtransportiert werde. Er bitte hier um bessere Koordination.

### **8.10 Brücke am Aachener Weiher Anfrage des RM Zimmermann**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, berichtet auf Nachfrage, dass der Holzbauer seiner Zeit keine zufriedenstellenden Pläne vorgelegt habe, so dass sich die Freigabe dieser Planunterlagen verzögert hatte.



Aktuell könne er mitteilen, dass zwischenzeitlich ein Gutachten erstellt und dieses mit dem Zimmermann bei einem Ortstermin vor 14 Tagen auch erörtert wurde. Bis Ende nächster Woche müsse dieser nun ein akzeptables Sanierungskonzept vorlegen.

#### **8.11 Beklebte Verkehrsschilder Hinweis des Seniorenvertreters Pannecke**

Seniorenvertreter Pannecke berichtet, dass ihm seit geraumer Zeit auffalle, dass sehr viele Verkehrsschilder – insbesondere auf Verkehrsinseln – mit kleinen Zetteln beklebt seien. Er wisse nicht, wie die Verwaltung dies in den Griff bekommen könne, bitte aber um Prüfung.

#### **8.12 Ausfall der Bahnen am 11.11. Anfrage des RM Möring**

RM Möring teilt mit, dass der Ausfall der Bahnen, insbesondere der Linie 9, am 11.11. zu erheblichen Problemen für die Schüler geführt habe. Er bitte daher um Mitteilung, nach welchen Kriterien eine Bahn völlig eingestellt bzw. Busersatzverkehr eingesetzt werde.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, führt aus, dass dies eine Entscheidung der Einsatzleitung in Abstimmung mit der Polizei gewesen sei. Ersatzverkehr werde immer dann bereitgestellt, wenn es sinnvoll und möglich sei. Bei der Strecke der Linie 9 um die Zülpicher Straße jedoch sei dies äußerst schwierig, da die einzige Alternative ein großer Umweg über die Luxemburger Straße sei. Auch müsse bedacht werden, dass nicht immer Busfahrer und Ersatzfahrzeuge zur Verfügung stünden.

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 9      Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10     Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11     Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12     Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13     Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14     Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15     Mitteilungen der Verwaltung**
- 16     Mündliche Anfragen**

---

Manfred Waddey  
(Ausschussvorsitzender)

---

Angela Krause  
(Schriftführerin)